

**Kantonsrat**

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 23. März 2026  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

### **A 717 Anfrage Marti Urs und Mit. über den Leistungsauftrag der Post und die Angebote bei einer Poststellenschliessung / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Die Anfrage A 717 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Urs Marti hält an der Dringlichkeit fest.

Urs Marti: Die Grundversorgung der Bevölkerung hat ein hohes politisches Gewicht. Das momentane Verhalten der Post kann sich allenfalls auf den ganzen Kanton auswirken, wenn nicht eingegriffen wird. Eine Reaktion duldet also keinen Aufschub. Ein ordentliches Traktandum zum Thema ist nicht traktandiert und ein laufendes juristisches Verfahren wird nicht tangiert. Es ist unbedingt nötig, dass der Kanton hier schnell reagiert und rechtzeitig Einfluss nimmt, damit kein Abbau der Grundversorgung beispielsweise zulasten älterer Personen erfolgt, die nicht über die notwendige Mobilität verfügen oder Bevölkerungsgruppen, denen die digitalen Möglichkeiten fehlen. Da alle Dringlichkeitskriterien erfüllt sind, bitte ich Sie um Unterstützung.

Sarah Bühler-Häfliger: Der Abbau von Poststellen wird konkret und in den betroffenen Dörfern realisiert man allmählich, was die Schliessung von Poststellen bedeutet. Der Bevölkerung wird klar, dass die Schliessung von Poststellen einen Abbau des Service public zur Folge hat. Der Regierungsrat hat das bis jetzt immer verneint. In der Praxis zeigt sich in aller Dringlichkeit, dass diese Themen von hohem politischen Gewicht sind und endlich angegangen werden müssen, auch auf kantonaler Ebene. Die SP-Fraktion stimmt daher der Dringlichkeit zu.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Schliessung der Poststellen ist seit vielen Jahren ein Thema. Auch von Ihrem Rat gab es immer wieder entsprechende Vorstösse. Diese Entscheide wurden aber auf Bundesebene getroffen, in vielen Gemeinden ist dies bereits erfolgt und es wurden alternative Angebote geschaffen. Aus unserer Sicht erfüllt die Anfrage die Dringlichkeitskriterien nicht. Wir bitten Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 59 zu 54 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.